

Einleitung: Wie wirkmächtig war der „Kalte Krieg“?

Der Kalte Krieg war überwunden, noch ehe die Supermächte ihn beendet hatten. Im Jahr 1980 sprach Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) vom Konflikt zwischen Ost und West, als wäre er schon vorbei. In einem fiktiven Brief an seine Wählerinnen und Wähler betonte er: „Wir Deutschen, ein geteiltes Volk in der Mitte Europas, wollen aber nicht zum Kalten Krieg zurück!“¹ Was war geschehen? Warum sagte Schmidt, dass die Bundesrepublik nicht zum Kalten Krieg zurückwollte? Lernen wir nicht in allen Geschichtsbüchern, dass der Kalte Krieg endete, als die Berliner Mauer fiel und die Sowjetunion zusammenbrach? Um Schmidts Aussage zu verstehen, muss man sich die weltpolitische Lage um 1980 ins Gedächtnis rufen. Nachdem die Supermächte seit den sechziger Jahren ihre Beziehungen normalisiert und sich das deutsch-deutsche Verhältnis entspannt hatte, verdüsterten sich die Bedingungen für eine Fortsetzung der Détente ab Ende der siebziger Jahre wieder. Die Spannungen kulminierten, als die NATO am 12. Dezember 1979 mit dem Zutun von Schmidt ihren sogenannten „Doppelbeschluss“ fasste und die Sowjetunion nur wenige Tage später das blockfreie Afghanistan besetzte.² Was nun anbrach, nannten zeitgenössische Beobachter einen „Zweiten Kalten Krieg“.³ Die Geschichtswissenschaft spricht von einer anhaltenden Krise der Entspannung.⁴

Schmidts Brief kann man als Abwehrbewegung lesen, die im Bundestagswahlkampf 1980 versichern sollte, dass er sich gegen eine Eskalation stemmte. Das erklärt aber noch nicht, warum der Kalte Krieg für Schmidt abgeschlossen war. Man muss sich klarmachen, dass die Historiker, wenn sie vom Kalten Krieg sprechen, etwas anderes bezeichnen als die Zeitgenossen.⁵ Während Erstere den Begriff als „Analysekategorie“ verwenden und damit eine fest umrissene Phase des 20. Jahrhunderts meinen, wusste Schmidt nicht, dass der Kalte Krieg 1989/90 enden würde. Für ihn hatte der Begriff schon um 1980 keine Erklärungskraft mehr, weil er ein Spannungsverhältnis zwischen den Blöcken beschrieb, das sich in seinen Augen längst entkrampft hatte. Obwohl das kurz darauf wieder anders werden sollte und Schmidt es nötig fand, die ideologischen Unterschiede gegenüber der Sowjetunion zu betonen, ist richtig: Der Kalte Krieg war eine Erfindung jenes Zeitalters, das wir heute so nennen. Er ist ein „Quellenbegriff“, der zu verschiedenen Momenten unterschiedliche Bedeutungen hatte. Ursprünglich geht er auf George Orwell zurück. Orwell veröffentlichte am 19. Oktober 1945 in der sozialistischen Wochenzeitung „The Tribune“ einen Artikel, in dem er voraussagte, dass die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion nach dem Sieg über Nazi-Deutschland in einem „permanent state of ‚cold war‘“ leben würden. Wichtig ist, dass „Kalter Krieg“ bald zur Chiffre gerann, mit der viele Menschen im Westen ihre Gegenwart bezeichneten.⁶

¹ Helmut Schmidt: „Unser Volk darf nicht in fremde Konflikte hineingezogen werden.“, 30.9.1980, AHS, Eigene Arbeiten.

² Grundlegend Gassert u. a.: Zweiter Kalter Krieg.

³ Halliday: Making.

⁴ So Nuti: Introduction, S. 7.

⁵ Vgl. Isaac/Bell: Introduction, S. 6–8.

⁶ Vgl. dazu anregend Stephanson: Cold War, S. 37.

Ich argumentiere in diesem Buch, dass die Chiffre „Kalter Krieg“ für ein hegemoniales Ordnungssystem stand.⁷ Grundlage dieser Ordnung war die binäre Logik des Entweder-Oder mit ihrer Differenzsemantik.⁸ Denn der Kalte Krieg war, wie Philipp Sarasin es gesagt hat, „ein Krieg der Grenzziehung, der physischen und ideologischen Trennung von zwei Welten“.⁹ Alles begann damit, dass Winston Churchill in seiner „Iron Curtain Speech“ am 5. März 1946 eine Metapher formulierte, die eine erstaunliche Karriere machen sollte, und eine Grenzziehung vornahm, deren gedankliche Figur die Binarität war. Vom Westen aus gesehen war die Sowjetunion nicht mehr ein politischer Gegner, sondern der ideologische Feind, das radikal Andere, das es zu bekämpfen galt.¹⁰ Abgrenzungssignifikanten wie „der Westen“, „Abendland“ oder „christliche Zivilisation“ waren zeitgenössische Konstrukte, die zwar weit in die Geschichte zurückreichten, aber erst nach 1945 ihre uns heute noch geläufige Bedeutung erhielten.¹¹ Das binäre Denken schrieb sich als handlungsleitendes Paradigma in nahezu alle Bereiche der Gesellschaft ein.¹² Es war aber niemals total. Immer wieder und zu jeder Zeit wurde es unterlaufen, umgedeutet oder ausgehöhlt.¹³ Dieses Buch untersucht, wie das Paradigma aufhörte, in adäquater Weise als Erklärungsmodell zu funktionieren.¹⁴ Es erzählt davon, wie der Konsens des Kalten Krieges dahinschwand, und es wägt ab, wo die Grenzen dieser Erosion lagen.

Man darf sich die Erosion nicht als linearen oder teleologischen Prozess vorstellen, der notwendigerweise auf 1989/90 zulief. Vielmehr konnte sich das Denksystem Kalter Krieg auch wieder verfestigen, wenn es einmal ins Wanken gebracht worden war – ein Beispiel dafür ist Kanzler Schmidt. Auch blieb es selbst dann noch präsent, wenn die Zeitgenossen meinten, dass es für sie nicht mehr zählte: als dasjenige, von dem sie sich so vehement abgrenzten. Zugleich wird man sagen können, dass selbst die schärfsten Kritiker des Kalten Krieges ihre Weltsicht weiterhin nach einem Freund-Feind-Schema strukturierten, in dem das Gute und das Böse, das Richtige und das Falsche deutlich voneinander unterschieden waren, und dass sie so der binären Ordnungslogik der Moderne verhaftet blieben.

Meine These lautet, dass der Kalte Krieg um 1980 rasant seine Bindekraft verlor. Er sagte vielen Menschen zu einer Zeit nichts mehr, über die wir gemeinhin lesen, dass er seinen (letzten) Höhepunkt erreichte. Deshalb gab es in den achtziger Jahre so massenhafte Proteste. Natürlich zogen viele Spitzenpolitiker nun wieder verstärkt Grenzen zur Sowjetunion. US-Präsident Ronald Reagan lud den Ost-West-Gegensatz mit einem neuevangelikalen Verteufelungsszenario auf, das die säkularisierten Sowjet-Führer nicht verstanden. Doch war dem Kalten Krieg mit der Entspannungspolitik die ideologische Nährlösung abhanden gekommen. Dies zeigte sich zuerst im gesellschaftlichen Nachdenken über den Kalten Krieg – und nicht etwa im diplomatischen Ringen zwischen Washington und Moskau. Wie rasant der Kalte Krieg seine Wirkmächtigkeit einbüßte, wurde dann in einem bestimmten gesellschaftlichen Großkonflikt offenkundig. Keine andere Frage trieb die Zeitgenossen in Westeuropa so um wie die Aussicht, dass neue und hochmoderne

⁷ Ab sofort wird auf die An- und Abführungszeichen bei diesem Begriff verzichtet.

⁸ Vgl. Imhof: Das Böse, S. 81; aus einer theoretischen Perspektive Bauman: *Modernity and Ambivalence*, S. 144f.

⁹ Sarasin: *Grenze*, S. 20.

¹⁰ Vgl. Robin: *Enemy*, S. 3f.

¹¹ Vgl. Hochgeschwender: *Westen*; Bavaj/Steber: *Introduction*.

¹² Vgl. Kuhn: *Struktur*, S. 57.

¹³ Vgl. Eßlinger u. a.: *Figur des Dritten*.

¹⁴ Vgl. Kuhn: *Struktur*, S. 104–154.

Atomraketen überall im Land aufgestellt werden sollten. Der sogenannte „Nachrüstungsstreit“ um den Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses war eher das Symptom als die Ursache davon, dass der Kalte Krieg immer weniger Menschen überzeugte; andererseits katalysierte er das Nachdenken über Wege aus der Blockkonfrontation, ohne zwangsläufig auf 1989/90 zuzuführen – deshalb steht er im Mittelpunkt dieses Buches.

Um was ging es überhaupt? Der NATO-Doppelbeschluss verband eine Rüstungsentscheidung mit einem Verhandlungsangebot. Am 12. Dezember 1979 beschloss die Allianz, eine neue Generation atomarer Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und bodengestützte Marschflugkörper (Cruise Missiles) in Westeuropa zu stationieren. Gleichzeitig bot sie der Sowjetunion an, über den Abbau ihrer SS-20-Raketen zu verhandeln. Die rüstungskontrollpolitischen Gespräche sollten der Stationierung zeitlich vorgelagert werden und vier Jahre dauern.¹⁵ Indem die NATO ihre Bereitschaft zu Verhandlungen betonte und gleichzeitig erklärte, dass sie entschlossen sei, ihre Sicherheit auch militärisch zu verteidigen, entsprachen die beiden Teile des Doppelbeschlusses den beiden Elementen der NATO-Strategie, wie sie 1967 im sogenannten „Harmel-Bericht“ festgelegt worden waren.¹⁶ Sie entsprachen auch den Vorschlägen, die Kanzler Schmidt 1977 in einer Rede vor dem International Institute for Strategic Studies (IISS) in London gemacht hatte.¹⁷ So klar sich die Entscheidung wiedergeben lässt, so komplex war die Argumentation, mit der die NATO sie begründete. Stark vereinfacht beruhte sie auf zwei Strängen, die einer je unterschiedlichen Logik folgten. Erstens war der Doppelbeschluss eine Reaktion auf die sowjetische Raketenrüstung.¹⁸ Zweitens muss er im Kontext des Modernisierungsprogramms gesehen werden, das die NATO unabhängig davon verfolgte.¹⁹ Diese beiden Argumentationsrichtungen wurden von der gedanklichen Klammer zusammengehalten, dass die Glaubwürdigkeit der Allianzstrategie gefährdet sei.²⁰ Doch auch der Beschlusstext selbst ermöglichte unterschiedliche Interpretationen. Er ließ nämlich offen, ob und inwieweit die Stationierung überflüssig werden könne, wenn Verhandlungen erfolgreich verliefen. Offensichtlich das Ergebnis eines Kompromisses, sprach das Kommuniqué einerseits von „einer verbindlichen Festlegung auf Dislozierungen“, andererseits davon, dass gelingende Gespräche den Bedarf an Raketen „beeinflussen“ würden.²¹ Sollten erfolgreiche Verhandlungen zwischen Moskau und Washington es unnötig machen, neue Raketen aufzustellen? Die Allianz präsentierte hierauf keine klare Antwort und legte den Grundstein dafür, dass der Doppelbeschluss unterschiedlich ausgelegt werden konnte. Gleichwohl war die Allianzentscheidung ein Novum. Niemals zuvor in der Geschichte hatte ein Militärbündnis seinem Gegner Verhandlungen über Waffen angeboten, die noch gar nicht hergestellt waren.

¹⁵ Kommuniqué der Außen- und Verteidigungsminister der NATO über den bedingten Beschluß zur Stationierung von Mittelstreckenwaffen vom 12. Dezember 1979, in: *Bulletin* 154/1979, S. 1409f. Immer noch unverzichtbar Haftendorn: Mißverständnis; hilfreich auch Spohr Readman: Conflict.

¹⁶ Die künftigen Aufgaben der Allianz (Harmel-Bericht). Anhang zum Schlusskommuniqué der NATO-Ministertagung, in: *Bulletin* 149/1967, S. 1257f.

¹⁷ Politische und wirtschaftliche Aspekte der westlichen Sicherheit. Vortrag von Helmut Schmidt vor dem International Institute for Strategic Studies in London am 28. Oktober 1977, in: *Bulletin* 112/1977, S. 1013–1020.

¹⁸ Vgl. Walsh: Balance, S. 97–107.

¹⁹ Vgl. Nuti: Origins, S. 58–61.

²⁰ Dazu ausführlich Geiger: Schmidt-Genscher, S. 98f.

²¹ Kommuniqué der Außen- und Verteidigungsminister [NATO-Doppelbeschluss], in: *Bulletin* 154/1979, S. 1410.

Der Doppelbeschluss und die Nachrüstung verstörten zahlreiche Menschen. Bald war nämlich absehbar, dass die Verhandlungen scheitern würden.²² Das ließ die Furcht vor einem Atomkrieg weltweit in die Höhe schnellen. Der Protest war in jenem Stationierungsland besonders laut, das die Bipolarität am intensivsten spürte. Millionen Menschen protestierten in Westdeutschland gegen das nukleare Inferno.²³ Dabei entwickelte die sogenannte Friedensbewegung eine ganz eigene Dynamik. Wer sich an außerparlamentarischen Initiativen gegen die Nachrüstung beteiligte, der tat dies, weil er sich vor einem Atomkrieg ängstigte, aber auch, weil er an der Protestkultur und dem Lebensgefühl derjenigen teilhaben wollte, die auf die Straße zogen. Es war einfach, Zugang zu bestimmten sozialen Milieus zu finden, wenn man sich dem Protest anschloss. Deshalb hatte der Streit um die Nachrüstung nicht nur eine internationale Dimension; er war ein gesellschaftliches Großereignis, das Zusammenhalt stiftete.²⁴ Zum einen offenbarte sich die facettenreiche Protestkultur der Friedensaktivisten in ihren Manifesten; den Liedern, Gedichten und Filmen gegen die Raketen.²⁵ Zum anderen zeigte sie sich auch in ihrer Zeichensprache. Diese knüpfte an alte Formelemente der Arbeiterbewegung an, fügte ihnen neue Symbole hinzu und verschmolz diese Codes zu einem Ganzen. Das half den Friedensgruppen, interne Differenzen zu überbrücken. Eigentlich bestand die Bewegung aus sehr verschiedenen Spektren. In der geschichtswissenschaftlichen Forschung hat es sich eingebürgert, von fünf Gruppen zu sprechen.²⁶ Thomas Leif, der diese Differenzierung eingeführt hat, unterscheidet ein sozialdemokratisches, ein grünes, ein kommunistisches, ein christliches und ein autonomes/unabhängiges Spektrum.²⁷ Will man die Systematisierung historisch fassen, so kann man sagen, dass die Friedensbewegung ihre Wurzeln in der Ostermarschbewegung und der „Kampf-dem-Atomtod“-Kampagne der fünfziger Jahre einerseits sowie in den „neuen sozialen Bewegungen“²⁸ und dem „alternativen Milieu“ der siebziger Jahre andererseits hatte.²⁹ Diesen Spektren war gemeinsam, dass sie nicht nur gegen politische Einzelfragen gingen, sondern ein massives Unbehagen am Zustand der Gesellschaft vorbrachten. Sie machten auch das Ordnungssystem Kalter Krieg zum Gegenstand ihrer Kritik.

Es ist fast unmöglich, den außerparlamentarischen Protest auf einen Nenner zu bringen. Millionen besorgte Bürgerinnen und Bürger gingen auf die Straßen und Plätze, um vor einem drohenden Atomkrieg zu warnen. Unter ihnen befanden sich auch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die ein integraler Bestandteil der Bewegung waren. Sie folgten aber doppelten Loyalitäten, denn sie besaßen das Parteibuch jener politischen Gruppierung, die mit dem Bundeskanzler den vehementesten Befürworter des Doppelbeschlusses stellte. Dieses Spannungsfeld war verantwortlich dafür, dass in der Friedensbewegung höchst unterschiedliche Kräfte miteinander rangen, und es hatte zur Folge, dass der

²² Zu den Genfer Verhandlungen umfassend und mit weiteren Belegen Schwabe: Verhandlung, S. 71–80.

²³ Vgl. als Überblick Conze: Suche, S. 534–537; Wirsching: Abschied, S. 79–86; Schregel: Angst; Gotto: Enttäuschung.

²⁴ Vgl. Gassert: Konsens, S. 493.

²⁵ Vgl. Baur: Untergangsszenarien.

²⁶ Siehe exemplarisch Wirsching: Abschied, S. 86–93.

²⁷ Vgl. Leif: (Ohn-)Macht, S. 32–53.

²⁸ Grundsätzlich R. Roth/Rucht: Bewegungen; Baumann u. a.: Milieus.

²⁹ Rucht: Milieu; Reichardt: Authentizität. Zur Entstehungsgeschichte der Friedensbewegung Ziemann: Quantum.

Streit um die Nachrüstung die Sozialdemokratie auf eine schwere Belastungsprobe stellte. Die Schwierigkeiten kamen schleichend in die Partei, aber sie kamen unerbittlich. Bald dominierten Konflikte den Alltag der Mitglieder. Die Routine der stolzen Partei geriet aus dem Tritt. Innerparteiliche Konflikte hatte es stets gegeben, und nicht zum ersten Mal in ihrer Geschichte beschwerte sich das Unten in der SPD über das Oben, begehrte die Basis gegen die Führung auf. Am Beginn der achtziger Jahre definierte die SPD aber neu, was als eine innerparteiliche Zerreißprobe zu gelten hatte. Als sie die Stationierung der Atomraketen diskutierte, überschritt sie alle Grenzen, die frühere Parteigenerationen errichtet hatten, wenn sie von „innerparteilicher Solidarität“ sprachen. Viele Sozialdemokraten äußerten sich über ihre Parteifreunde kritischer als über den politischen Gegner. Sie rangen zwischen 1979 und 1983 buchstäblich um die „rechte Lehre“ und den „richtigen Kurs“ – mit sich selbst und mit denjenigen, die sie an die Parteispitze gewählt hatten. Und sie fanden selbst dann nicht ihren Frieden, als sie 1983 ihr Nein zur Raketenstationierung gesprochen hatten,³⁰ obwohl sie den Doppelbeschluss vier Jahre zuvor unterstützt hatten.³¹ Der sozialdemokratische Nachrüstungsstreit war ein Unikum. Keine Partei westlich des Eisernen Vorhangs diskutierte die Raketenstationierung so erbittert, wie es die SPD tat.³²

Mein Untersuchungsgegenstand ist das sozialdemokratische Milieu der westdeutschen Gesellschaft.³³ Ich analysiere die Fragilität und die Persistenz des Ordnungssystems Kalter Krieg, indem ich vom Nachrüstungsstreit in diesem Segment erzähle. Der Zeitraum meiner Untersuchung erstreckt sich von der Debatte um die Neutronenbombe 1977, in der sich die späteren Konfliktlinien schon abzeichneten, bis zum Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion 1987, in dem die Supermächte den Abbau der Mittelstreckenraketen vereinbarten – der eigentliche Schwerpunkt liegt aber auf den Jahren von 1979 bis 1983. Es steht dabei nicht die SPD als politische Partei im Zentrum, sondern die Menschen, die sich zu ihr bekannten. So ist in dieser Studie derjenige Sozialdemokrat, der sich explizit oder implizit als solcher bezeichnete – sei er nun Funktionär, Aktivist, Mitglied oder bloß Sympathisant. Das erweitert die Geschichte der Sozialdemokratie hin zur allgemeinen Geschichte, und es sensibilisiert für die Wechselwirkungen zwischen Partei und Gesellschaft. Dabei muss man im Auge behalten, dass das sozialdemokratische Milieu auch in den achtziger Jahren noch überwiegend männlich geprägt und Parteipolitik selbst von Frauen als männlich konnotiert verstanden wurde.³⁴ Deshalb ist in diesem Buch größtenteils von den Sozialdemokraten im Maskulinum die Rede.

Doch warum erzählt man von der Erosion des Kalten Krieges, indem man von der Sozialdemokratie spricht? Einerseits war ihre Kontroverse, wie ich noch zeigen werde, ein Miniaturabbild des gesamtgesellschaftlichen Konflikts. Hier fanden sich kondensiert beinahe alle wesentlichen Standpunkte, die außerhalb der Partei artikuliert wurden. Andererseits ist die Sozialdemokratie deshalb besonders interessant, weil sie ihr Weltbild lange Zeit strikt am Kalten Krieg ausgerichtet hatte. Bei Julia Angster ist nachzulesen, wie sich die Sozialdemokraten nach dem Zweiten Weltkrieg „westernisierten“, sich die Ideen pro-

³⁰ Bundesdelegierten-Konferenz und Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 18. bis 19. 11. 1983 in Köln. Protokoll der Verhandlungen und Dokumentarischer Anhang, Bonn [1983], S. 198.

³¹ Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 3. bis 7. 12. 1979 in Berlin, 2. Bd.: Angenommene und überwiesene Anträge, Bonn [1979], S. 1243.

³² Für einen fundierten Überblick Wittner: Abolition, S. 131–168.

³³ Zum Milieubegriff vgl. Rohe: Wahlen, S. 19–21; Reichardt: Authentizität, S. 38–41.

³⁴ Vgl. programmatisch Kühne: Staatspolitik, S. 212–228.

duktiv aneigneten, die vormalig ihrem Programm als marxistischer Klassenpartei widersprochen hatten.³⁵ Mit der Bundestagsrede von Herbert Wehner im Juni 1960 kam dieser Prozess an sein vorläufiges Ende. Sich im westlichen Bündnis und also auf einer Seite der bipolaren Welt zu verorten, gehörte nun zur Selbstbeschreibung dieses Milieus. Sicherlich hinterfragten manche SPD-Mitglieder immer wieder das binäre Denken, doch begannen sie erst in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren, als Gesamtpartei vom Kalten Krieg abzurücken. Unterdessen blieben die Kräfte stark, die an der Bipolarität festhielten. Es war ein Zusammentreffen von Erosion und Beharrung, das die Neuvermessung des Kalten Krieges in der Sozialdemokratie ausmachte. Das wird in diesem Buch zu zeigen sein, das deshalb „Abschied vom Kalten Krieg?“ heißt.

Überhaupt war der Nachrüstungsstreit Symptom und Motor eines tiefgreifenden Wandlungsprozesses, in dem etablierte Ordnungen zerbrachen. Erstens diskutierten Sozialdemokraten über den Kalten Krieg zu einer Zeit, als ihr traditionelles Milieu erodierte. Die „Arbeiterpartei“³⁶ gab es nicht mehr, denn im Prozess der Deindustrialisierung der sechziger und siebziger Jahre hatte sich aufgelöst, was für das sozialdemokratische Milieu einst konstitutiv gewesen war: „Fabrik, Familie, Feierabend“.³⁷ In den siebziger Jahren waren neue und vor allem jüngere Mitglieder in die Partei geströmt – darunter auch viele Frauen, die den männerbündischen Charakter der SPD aufzubrechen versuchten. Gleichzeitig geriet die Sozialdemokratie durch das unter Druck, was Soziologen und Politikwissenschaftler neue soziale Bewegungen nannten.³⁸ Der Inhalt des Politischen wandelte sich, und auch die kommunikativen Rituale in den Ortsvereinen gerieten in Bewegung. Deshalb war der Konflikt um die Atomraketen Teil einer umfassenderen Transformation des Politischen. Zweitens spielten Diskurse über Geschichte und Zukunft eine wichtige Rolle, denn sie veränderten das Selbstbild dieser Organisation. Die SPD war eine traditionsbewusste Partei, die stolz auf ihre Geschichte als Teil der Arbeiterbewegung zurückblickte. In den achtziger Jahren zogen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nun aber höchst unterschiedliche Lehren aus der Geschichte. Und mit dem Krisengefühl der siebziger Jahre schwand der in der Arbeiterbewegung tiefverwurzelte Glaube an Fortschritt. Drittens war der Nachrüstungsstreit ein Indikator dafür, wie „Territorialität“ als handlungsleitendes Paradigma unwichtiger wurde.³⁹ Die Kontroverse um die Raketen war rückgebunden an einen Prozess, in dem Grenzen für individuelles und kollektives Denken und Handeln durchlässig wurden oder überhaupt verschwanden – auf einer wörtlichen und metaphorischen Ebene. Sozialdemokraten waren nicht bloß Mitglieder einer Partei, sondern gesellschaftlich handelnde Subjekte, und sie versuchten von Diskussionen im Ausland zu profitieren und an diese anzuknüpfen. Gleichzeitig verschob sich ihre Repräsentation der Welt. Es verschwanden die Denkfiguren, deren Referenzrahmen die Nation als Idee und territoriales Ordnungsprinzip ist, zwar keineswegs, ihre Plausibilität nahm jedoch ab. In den achtziger Jahren sprachen fast alle in der SPD von Interdependenz; das hatte Folgen für ihre Einstellung zum Kalten Krieg. Zusammengefasst geht es in

³⁵ Angster: Konsenskapitalismus; auch Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen?.

³⁶ So etwa Grebing: Arbeiterbewegung, S. 89f.

³⁷ Reulecke: Fabrik.

³⁸ Vgl. Brand u. a.: Aufbruch. Begriffe wie alte und neue soziale Bewegungen sind also zeitgenössische Begriffe und müssen in ihrer historischen Bedingtheit gesehen werden. Auf An- und Abführungszeichen wird von nun an verzichtet.

³⁹ Vgl. Ch. Maier: Consigning, S. 823–825; freilich bedarf diese These der Historisierung, vgl. Graf/Priemel: Zeitgeschichte, S. 491–495.

dieser Studie also auch darum, wie die Mitglieder und Sympathisanten einer politischen Bewegung und Ideologie eine Welt deuteten, in der sie etablierte Ordnungen brüchig werden sahen, und es geht darum, wie sie konfliktreiche Situationen zu verregeln und Widerspruch und Widerstand zu bewältigen versuchten.

Dieses Buch leistet einen Beitrag zur Kultur- und Gesellschaftsgeschichte des Kalten Krieges.⁴⁰ Denn es sucht eine Antwort auf die Frage, wie wirkmächtig dieses Ordnungssystem war. Gleichzeitig ist es als Beitrag zur Erforschung der westdeutschen Gesellschaft und ihres sozialdemokratischen Milieus konzipiert. Gerade in den letzten Jahren sind eine Reihe von Gesamtdarstellungen und Kompendien erschienen, welche die Epoche des Kalten Krieges in globaler Perspektive historisieren.⁴¹ Ihre Autorinnen und Autoren sind sich einig, dass man nicht mehr wie früher nur nach den internationalen und militärischen Dimensionen des Konflikts fragen kann, um ihn zu verstehen, sondern dass es auch notwendig ist, die Gesellschaften einzubeziehen, wo die Teilung der Welt den Alltag der Menschen veränderte.⁴² Mittlerweile nehmen deshalb auch Analysen aus kulturgeschichtlicher Perspektive breiten Raum ein.⁴³ Der Kalte Krieg war, das zeigen diese Arbeiten, ein simulierter Krieg, der von Imagination und Einbildungskraft lebte.⁴⁴ Die Frage hingegen, wie überzeugend die Ordnung des Kalten Krieges gesellschaftlich war, haben erst wenige gestellt. Akira Iriye argumentiert in einem lesenswerten Artikel, dass makrohistorische Prozesse wie Globalisierung oder Dekolonisierung, der Siegeszug der Menschenrechte oder die apokalyptischen Umweltdiskurse viel prägendere Phänomene für die Geschichte des 20. Jahrhunderts waren als der Kalte Krieg.⁴⁵ Iriye selbst behauptet, dass das „global consciousness“, welches sich ab den siebziger Jahren durchsetzte, den Kalten Krieg nachhaltig verwittern ließ.⁴⁶ Seine Schlussfolgerung, dass der Ost-West-Konflikt nur eine „footnote to the history of globalization“ sei,⁴⁷ muss man nicht teilen. Aber die Frageperspektive sensibilisiert für die Grenzen und Reichweiten des Kalten Krieges. Neben den Arbeiten Iriyes liegen Studien vor, die nach der Prägekraft des Kalten Krieges für bestimmte Akteure, Zeiträume oder Gegenstandsbereiche suchen.⁴⁸ So sind in der historischen Forschung vielfach Indikatoren zu finden, dass das Ordnungssystem Kalter Krieg nicht statisch war, sondern dass es permanent neugedacht wurde. An solche konzeptionellen Anregungen knüpft mein Buch an.⁴⁹ Es untersucht aber nicht nur „Löcher im Eisernen Vorhang“ beziehungsweise „Fenster im Kalten Krieg“, sondern die Wirkmächtigkeit des Ordnungssystems selbst.⁵⁰

⁴⁰ Vgl. Griffith: Turn.

⁴¹ Ohne Anspruch auf Vollständigkeit Immerman/Goedde: Oxford Handbook; Westad: Global Cold War; Leffler/Westad: Origins; Leffler/Westad: Endings; Leffler/Westad: Crises.

⁴² Greiner u. a.: Angst; Greiner u. a.: Krisen; auch Ziemann: Introduction; Westad: Reviewing.

⁴³ Vgl. Eugster/Marti: Das Imaginäre; Hansen u. a.: Americas; Bernhard u. a.: Krieg; Vowinckel u. a.: Cold War Cultures.

⁴⁴ Vgl. Geyer: Blick; Kaldor: Imaginary War, S. 4; Eugster/Marti: Das Imaginäre.

⁴⁵ Iriye: Historicizing.

⁴⁶ Iriye: Community, S. 157.

⁴⁷ Iriye: Historicizing, S. 20.

⁴⁸ An dieser Stelle wird auf Belege verzichtet und auf das Kapitel II.4. „Fragilität und Persistenz der binären Ordnungslogik“ verwiesen.

⁴⁹ Ich verdanke viel den Gesprächen mit Frank Reichherzer, der diese Überlegung auch in Reichherzer: Zwischen Atomgewittern, S. 159f., formuliert hat.

⁵⁰ Als ein „Fenster im Kalten Krieg“ wird man auch den Kultur- und Wissenschaftsaustausch zwischen Ost und West begreifen können, dazu Mitter/Major: Across the Blocs; Gestwa/Rohdewald: Verflechtungsstudien.

Wie die Attraktivität des Kalten Krieges als Forschungsfeld ungebrochen ist, sind auch thematische Untergebiete oder einzelne Zeitabschnitte intensiv bearbeitet worden. Das trifft etwa für den NATO-Doppelbeschluss zu.⁵¹ Die politischen und militärischen Hintergründe, die zu der Entscheidung führten, sind bekannt wie die Debatten, die sich innerhalb und zwischen den Regierungen entspannen.⁵² Hingegen ist das Interesse an den gesellschaftlichen Kontroversen um die Stationierung erst kürzlich erwacht.⁵³ Einige Autoren haben sich besonders hervorgetan. Philipp Gassert vertritt die These, dass der Nachrüstungsprotest „eine Arbeit am bundesdeutschen Konsens“ gewesen sei und in seinem Ergebnis „integrierende Funktion“ gehabt habe.⁵⁴ Holger Nehring und Benjamin Ziemann situieren den Protest in gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozessen⁵⁵ und widerlegen den Vorwurf, die Friedensbewegung sei kommunistisch unterwandert gewesen.⁵⁶ Nehring argumentiert mit Recht, dass sie ihren Ausgang „from a profound uncoupling of German (both East and West) and superpower (both US and Soviet) conceptions of international security“ nahm.⁵⁷ Ferner macht Eckart Conze die anregende Beobachtung stark, dass die Friedensbewegung ein Ausdruck der gesellschaftlich weitverbreiteten „Modernitätsskepsis“ und eine Verarbeitung von Zukunftsängsten sei.⁵⁸ Bernhard Gotto untersucht, ob und inwiefern Enttäuschung eine politische Ressource für die Friedensbewegung war.⁵⁹ Von hier nehmen auch Versuche ihren Ausgang, die achtziger Jahre zu historisieren.⁶⁰ Das sozialdemokratische Milieu ist dabei allerdings noch nicht zu seinem Recht gekommen.⁶¹

Sieht man auf die Forschungslage zur Nachrüstungsdebatte in der SPD, kann zwar schnell der Eindruck aufkommen, dass bereits alles gesagt ist. Und tatsächlich wissen wir über diese Kontroverse schon eine ganze Menge: Einen unverzichtbaren Abriss über die Ereignisgeschichte des Nachrüstungsstreits publizierte Anton Notz.⁶² In seiner Arbeit kann jeder nachsehen, der wissen möchte, wer was wann in der SPD gesagt hat. Dagegen legt Thomas Risse-Kappen den Schwerpunkt auf eine Systematik der unterschiedlichen Positionen. Er unterteilt das Meinungsspektrum in drei Gruppen, nämlich einen „Gleichgewichts“, einen „Rüstungskontroll“- und einen „Abrüstungsflügel“ nicht nur in der SPD, sondern in der Bundesrepublik überhaupt.⁶³ Seine Begriffszuschreibungen sind einerseits zeitgenössische Quellenbegriffe, andererseits politikwissenschaftliche Analysekatoren, die sich in der Forschungsliteratur halten.⁶⁴

⁵¹ Siehe insb. Nuti u. a.: *Euromissile Crisis*; Gassert u. a.: *Zweiter Kalter Krieg*; Wackerbeck: *NATO-Doppelbeschluss*; Haftendorn: *Mißverständnis*.

⁵² Siehe insb. Geiger: *Schmidt-Genscher*; Bresselau von Bressendorf: *Frieden*; Seelow: *Rüstungskontrolle*.

⁵³ Insb. Hansen u. a.: *Americas*; Schregel: *Atomkrieg*; für den Zwischenstand anderer Projekte vgl. Becker-Schaum u. a.: *„Entrüstet Euch!“*; zur soziokulturellen Kontextualisierung Reichardt: *Authentizität*.

⁵⁴ Gassert: *Konsens*, S. 493.

⁵⁵ Nehring: *Creating Security*; Ziemann: *Quantum*; Ziemann: *Introduction*; Ziemann: *Code*.

⁵⁶ Nehring/Ziemann: *Weg*; der Vorwurf war kurz zuvor von Wettig wieder vorgebracht worden: Wettig: *Sowjetunion*.

⁵⁷ Nehring: *Last Battle*, S. 309.

⁵⁸ Conze: *Modernitätsskepsis*.

⁵⁹ Gotto: *Enttäuschung*.

⁶⁰ Siehe Schildt: *Jahrzehnt*.

⁶¹ Siehe aber Hansen: *Staat und Straße*.

⁶² Notz: *SPD*.

⁶³ Risse-Kappen: *Krise*.

⁶⁴ So bei Longerich: *„Friedenspartei“*; R. Hofmann: *Sicherheitspolitik*.

Was bislang zum Nachrüstungsstreit in der SPD gesagt worden ist, ist gleichwohl reviditionsbedürftig. Zunächst ist es erforderlich, die archivalische Überlieferung einzubeziehen und die Quellengrundlage zu verbreitern, um neue Erkenntnisse zu gewinnen. Keine Studie hat das bislang geleistet. So fußt die vorliegende Arbeit vor allem auf einer umfangreichen und systematischen Recherche im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) in Bonn, wo alle wichtigen Bestände zur Geschichte der Sozialdemokratie liegen.⁶⁵ Die Dokumente, die Schmidt in seinem Hamburger Privatarchiv aufbewahrt hat, sind ein nicht minder wichtiger Quellenkorpus. Um vom Nachrüstungsstreit nicht nur aus der Binnenperspektive der SPD zu erzählen, wurden auch ausländische Quellen herangezogen. Neben einer Reihe von anderen Archiven, die im Anhang aufgelistet sind, stützt sich die Studie auf Bestände im Centre d'Archives Socialistes in der Fondation Jean Jaurès in Paris, der Jimmy Carter Library in Atlanta, GA, der Ronald Reagan Library in Simi Valley, CA, der Georgetown University Library, der Library of Congress und den National Archives in Washington, DC sowie der Yale University Library in New Haven, CT. Der Grund für diese breite Quellenbasis ist einfach: Sozialdemokraten dachten und sprachen nicht in einem luftleeren Raum. So wie sie sich in der außerparlamentarischen Bewegung engagierten, so suchten sie nach Möglichkeiten, sich zu vernetzen. Sie reisten nach Frankreich, nach Nordamerika und in die Staaten des Warschauer Paktes, wo sie auf teilweise ganz andere Wahrnehmungen trafen. Damit mussten sie umgehen.

Doch noch ein anderer Grund spricht dafür, den Interpretationsansatz der bisherigen Forschung hinter sich zu lassen. Das Hauptproblem ist: Die Autoren, die zum Nachrüstungsstreit publiziert haben, historisieren ihren Gegenstand nicht konsequent. Dass sie den Konflikt aus den „Grabenkämpfen“ der Zeit heraus behandeln, verstellt ihnen den Blick auf die eigentliche Frage, um die der Nachrüstungsstreit kreiste: die Gültigkeit des Ordnungssystems Kalter Krieg. Während Thomas Enders den außen- und sicherheitspolitischen Wandel der SPD in den achtziger Jahren untersucht und zum Schluss gelangt, die SPD habe die ideellen Grundlagen der „westlichen Wertegemeinschaft“ verlassen,⁶⁶ entwickeln Thomas Bender und Michael Longrich unabhängig voneinander die entgegengesetzte These.⁶⁷ Dagegen macht Notz aus seinem Unverständnis keinen Hehl und attestiert der SPD im Untertitel die „Abkehr von einer Sicherheitspolitik der Vernunft“.⁶⁸ Ähnlich sieht es Bernd Faulenbach in seiner monumentalen Geschichte über die sozial-liberale Regierungszeit.⁶⁹ In einem Satz: Die Autoren, die bislang zum Nachrüstungsstreit in der SPD veröffentlicht haben, taten das als politische Beobachter. Man kann die Geschichte des Nachrüstungsstreits aber nicht erzählen, indem man sich bestimmte zeitgenössische Positionen zu eigen macht. Deshalb sind die genannten Forschungsarbeiten selbst historisch und müssen als Quellen gelesen werden.

Insofern dieses Buch sich anschickt, die Debatte über die Nachrüstung und die bisherigen Forschungsarbeiten zu historisieren, ist es auch der Versuch, die Herausforderungen zu bewältigen, mit denen sich die Zeitgeschichte als Disziplin „in der Welt der Sozialwis-

⁶⁵ Korrespondenz bildet dabei einen wichtigen Teilbestand. Die Namen von Funktionsträgern der SPD werden voll genannt, die Namen von einfachen Parteimitgliedern oder Bürgerinnen und Bürgern jedoch durch Abkürzung des Nachnamens anonymisiert.

⁶⁶ Enders: SPD.

⁶⁷ Th. Bender: SPD; Longrich: „Friedenspartei“.

⁶⁸ Notz: SPD; Beispiele sind auch Obermeyer: SPD; F. Gerster: Pazifismus; Meng: Wende.

⁶⁹ Faulenbach: Jahrzehnt, S. 721.

senschaften“ konfrontiert sieht.⁷⁰ Wie lässt sich das umsetzen? Thomas Mergel schlägt vor, eine Perspektive der Fremdheit einzunehmen, wenn man sich seinem Untersuchungsgegenstand nähert. Der Historiker solle so tun, „als sei der historische Gegenstand sozusagen ein Amazonas-Stamm“.⁷¹ Gleichviel ob man indigene Völker oder die deutsche Sozialdemokratie untersucht, wie im Dschungel wimmele es „von seltsamen Gebräuchen, eigenartigen Trachten und magischen Worten“.⁷² Was soll das aber heißen – war die SPD ein Amazonas-Stamm? In gewisser Weise ja, denn einen historischen Gegenstand zu untersuchen heißt, „nichts für selbstverständlich“ zu nehmen.⁷³ Nun ist allen, die mit ihr leben, die SPD als älteste noch existierende deutsche Partei wohlvertraut. Jeder erkennt ihr Spitzenpersonal; die meisten können sagen, für was sie steht; einige wissen sogar über ihre Geschichte Bescheid. Wie anders verhält es sich mit einem fremden Amazonas-Stamm. Dennoch: Was Mergel von den Historikern einfordert, sensibilisiert jeden, der Vergangenes erzählt, dafür, dass er seinem Gegenstand als etwas gegenübertreten sollte, das ihm zunächst einmal nicht selbstverständlich ist.⁷⁴ Die Wirklichkeit der deutschen Sozialdemokraten, so ließe sich der Gedanke zusammenfassen, ist nicht die Wirklichkeit, aus der ich diese Geschichte schreiben will.

Mein Ansatz und meine Methode sind beeinflusst von den Debatten, welche die Geschichtswissenschaften in den letzten Jahren unter dem Rubrum „Kulturgeschichte des Politischen“ geführt haben.⁷⁵ Darunter ist zunächst einmal die Forderung zu verstehen, dass die traditionsreiche Scheidung von Politik und Gesellschaft, auf der die Historiker so lange beharrt haben, überwunden werden muss,⁷⁶ wie auch die Trennung zwischen Außenpolitik und Innenpolitik hinfällig ist.⁷⁷ Vor allem aber ist damit gemeint, dass wir nicht die historische Wirklichkeit als solche untersuchen können.⁷⁸ Wir können immer nur dasjenige zum Vorschein bringen, was die Zeitgenossen dachten, äußerten, wie sie handelten.⁷⁹ Deshalb ist das Politische ein Teil der geschichtlichen Entwicklung; es ist nicht ahistorisch, sondern wird selbst in einem andauernden Prozess umgeschrieben und neudefiniert.⁸⁰ Wer sich mit der Vergangenheit beschäftigt, muss sich dafür interessieren, schreibt Jörg Baberowski, „wie Menschen sich ihre Welt errichten und wie sie in ihr leben“.⁸¹ Der ethnologische Blick, dessen sich die Kulturgeschichte des Politischen bedient, versucht herauszuarbeiten, wie die Menschen zu einer bestimmten Zeit ihre Wirklichkeit konstruierten. Roger Chartier fasst das Ziel der Kulturgeschichte in die Worte, es gehe ihr darum, „wie zu verschiedenen Zeiten und Orten eine gesellschaftliche Realität fassbar, denkbar, lesbar geworden ist“.⁸²

⁷⁰ Vgl. Graf/Priemel: *Zeitgeschichte*, S. 482; auch Miard-Delacroix: *Reflexionen*.

⁷¹ Mergel: *Überlegungen*, S. 588; Geertz: *Beschreibung*, S. 9.

⁷² Mergel: *Überlegungen*, S. 591.

⁷³ Ebenda, S. 592.

⁷⁴ Kritisch gegenüber diesem Ansatz jedoch Wehler: *Kulturgeschichte*; Rödder: *Kleider*; Rödder: *Sicherheitspolitik*.

⁷⁵ Einführend Kießling: *Dialog*; Tschopp: *Kulturgeschichte*.

⁷⁶ Dazu Conze: *Aporien*.

⁷⁷ So auch Conze: *Staatenwelt*; Paulmann: *Grenzüberschreitungen*. Anders jedoch Rödder: *Sicherheitspolitik*.

⁷⁸ Vgl. Evans: *Fakten*.

⁷⁹ Vgl. Stollberg-Rilinger: *Kulturgeschichte*.

⁸⁰ So beispielsweise Frevert: *Politikgeschichte*, S. 14.

⁸¹ Baberowski: *Wirklichkeit*, S. 101.

⁸² Chartier: *Vergangenheit*, S. 10.

Wenn die historische Realität nur vermittels der überlieferten Quellen zugänglich ist, dann ist es notwendig, die Quellen daraufhin zu untersuchen, wie die Zeitgenossen ihrer Wirklichkeit Sinn und Bedeutung beigemessen haben – durch sprachliche und nicht-sprachliche Äußerungen und in der Interaktion mit anderen Menschen.⁸³ Verbale Äußerungen kann man mit einem diskursanalytisch geschulten Zugriff beschreiben.⁸⁴ Diskurse sind jene Formationen, die aus bestimmten Sets von Argumenten, festen Deutungsmustern und Sprechakten bestehen, einen stereotypen Charakter haben, aber doch wandelbar sind. So rücken jene Grenzen des „Sagbaren“ in den Mittelpunkt, die bestimmen, in welchen Bahnen sich ein Diskurs bewegen durfte.⁸⁵ Non-verbale Äußerungen hingegen kann man mit einem praxeologischen Zugriff untersuchen. Soziale Praktiken sind elementar für die Konstruktion von Wirklichkeit.⁸⁶ Denn im Handeln setzt sich nicht einfach etwas um, was schon gedacht wurde.⁸⁷ Handlungen eröffnen neue Sinnhorizonte. Nicht nur derjenige handelt, der an einer Straßendemonstration teilnimmt, sondern auch derjenige, der in einem Ortsverein einem nachrüstungskritischen Antrag zustimmt oder sich mit US-Friedensaktivisten vernetzt. Selbst Parteitage waren als politische Rituale für viele SPD-Mitglieder ein gemeinschaftsstiftendes Erlebnis. So weist Erika Fischer-Lichte darauf hin, dass „die moderne europäische Kultur wenigstens zum Teil als eine performative Kultur zu verstehen sei, d. h. als eine Kultur, die ihr Selbstverständnis in verschiedenen Arten von ‚Aufführungen‘ artikuliert“.⁸⁸

Wer die soziale Konstruktion von Wirklichkeit untersucht, stellt fest, dass Diskurse und Praktiken in mannigfacher Wechselwirkung mit äußeren Einflüssen stehen.⁸⁹ Eine zentrale Vorannahme in diesem Buch ist deshalb, dass sich die Geschichte einer politischen Partei als gesellschaftliches Sammelbecken nicht im nationalstaatlichen Rahmen schreiben lässt. Um den Fluss von Denkfiguren und Ordnungsvorstellungen in den Blick zu nehmen, lehne ich mich an Überlegungen zu einer transnationalen Geschichte an.⁹⁰ Eine transnationale Geschichte, die in der klassischen Definition von Wolfram Kaiser Beziehungen „über Grenzen hinweg in allen ihren Dimensionen“ behandelt,⁹¹ kann neben Austausch- und Vergemeinschaftungsprozessen auch die Konstruktion und Erfahrung von „Differenz“ im Sinne von Alterität und Identität untersuchen. Das sind die methodisch-theoretischen Leitlinien, an denen sich die Untersuchung ausrichtet. Sie sind aber kein Selbstzweck. Als Historiker einen Text zu verfassen bedeutet immer noch, eine Geschichte zu erzählen, bei der es dem Leser bei allen kulturgeschichtlichen, praxeologischen und transnationalen *turns* nicht schwindelig wird.

„Abschied vom Kalten Krieg?“ ist weder systematisch noch durchlaufend chronologisch aufgebaut. Vielmehr besteht das Buch aus Momentaufnahmen, die den Streit in der SPD

⁸³ Vgl. dazu weiter Conrad/Kessel: Blickwechsel; Hunt: Introduction.

⁸⁴ Siehe dazu grundlegend Foucault: Ordnung; auch Landwehr: Diskursanalyse, S. 100–131; Sarasin: Diskursanalyse.

⁸⁵ Steinmetz: Das Sagbare; Landwehr: Geschichte.

⁸⁶ Siehe exemplarisch Reichardt: Geschichtswissenschaft; Hörning: Praxis; Martschukat/Patzold: Performative Turn; Stollberg-Rilinger: Symbolische Kommunikation.

⁸⁷ Martschukat/Patzold: Performative Turn, S. 4.

⁸⁸ Fischer-Lichte: Performance, S. 36; auch Klein: Theatralität.

⁸⁹ Vgl. Conrad/Eckert: Globalgeschichte, S. 7f.

⁹⁰ Dazu einführend Patel: Überlegungen; Iriye: History; Clavin: Transnationalism; anregend auch Nehring: Transnationale soziale Bewegungen, S. 129–132.

⁹¹ Kaiser: Weltgeschichte, S. 65.

aus verschiedenen Blickwinkeln analysieren, dabei aber immer bei der Voraussetzung beginnen, dass der Kalte Krieg seine Legitimation verlor. Das *erste Kapitel* untersucht die Grundlagen der Kontroverse: Es skizziert den Verlauf der Diskussion und richtet seinen Blick auf die Gründe, die dazu führten, dass die SPD ihre Geschlossenheit verlor. Es sind vor allem unterschiedliche Geschichtsbilder und Zukunftsvorstellungen, die den Streit ermöglichten. Das *zweite Kapitel* rückt die Erosion und Wirkmächtigkeit des Ordnungssystems Kalter Krieg in den Mittelpunkt. Neue politische Konzepte drängten in den Vordergrund, als die Supermächte auf einen atomaren Krieg zuzusteuern schienen. Viele SPD-Mitglieder dachten über die „Gemeinsame Sicherheit“ als eine Theorie nach, wie sich das Überleben der Menschheit im Atomzeitalter sichern ließe. Sie formulierten auch ein zunehmendes Problembewusstsein für die Anliegen der Entwicklungsländer. Sie konzipierten Wege aus der Blockkonfrontation, die häufig von einer intensivierten europäischen Einigung ausgingen.

Die folgenden Kapitel sind der sozialen Praxis des Streits gewidmet, in der die SPD um die Bewältigung der für sie konfliktreichen Situation rang. Die Untersuchung orientiert sich an der Prämisse, dass der Abschied vom Kalten Krieg eine profunde Auswirkung darauf hatte, wie die Sozialdemokraten ihren Streit austrugen. Konkret analysiert das *dritte Kapitel*, wie sich einfache Parteimitglieder an der Basis Kenntnisse um sicherheitspolitische Zusammenhänge aneigneten. Das war die Folge davon, dass sie die Wissensbestände des Kalten Krieges nicht mehr für plausibel hielten. Das *vierte Kapitel* nimmt die Reaktion der sozialdemokratischen Eliten in den Blick. Diese versuchten, die Stationierung auf der internationalen Bühne abzuwehren, indem sie sich für einen Verhandlungsdurchbruch einsetzten. Bei wem der Kalte Krieg keinen Anklang mehr fand, der musste an jene Rationalitätsgemeinschaft appellieren, die die Supermächte mit der Détente-Politik eingegangen waren, und versuchen, ihre Kooperation zu stärken. Das *fünfte Kapitel* zeigt, wie das Ende des binären Denkens die Grenze zwischen Partei und Gesellschaft aufbrach. Immer mehr SPD-Mitglieder agierten als Teil der Friedensbewegung, vernetzten sich mit anderen Nachrüstungskritikern und pluralisierten dabei ihre Handlungsformen. Daran anknüpfend bringt das *sechste Kapitel* zum Vorschein, wie die SPD ihren Begriff des Politischen überdachte. Die traditionsreiche Arbeiterbewegung sah sich durch neue soziale Bewegungen herausgefordert, und die Bruchlinie verlief mitten durch die Partei. Die Friedensbewegung und mit ihr viele SPD-Mitglieder verlangten mehr politische Partizipationsmöglichkeiten, was das Selbstverständnis der SPD als Teil des repräsentativen Systems erschütterte. Gelang es ihr, diese Herausforderung zu bewältigen? Und was hat die Neubestimmung des Politischen mit dem Kalten Krieg zu tun? Das Schlusskapitel fasst die These des Buches noch einmal zusammen und wägt ihre Reichweite ab.